

**Mündliche Anfragen  
gemäß § 47 der Geschäftsordnung  
des Niedersächsischen Landtages**

Hannover, den 07.09.2016

**1. Wohnraumförderung in Niedersachsen**

Abgeordnete Marco Brunotte, Uwe Schwarz, Dr. Thela Wernstedt, Immacolata Glosemeyer, Holger Ansmann und Dr. Christos Pantazis (SPD)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die Landesregierung setzt sich für bezahlbare Wohnungen für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen, speziell auch für altersgerechten und barrierefreien Wohnraum sowie Wohnraum für Flüchtlinge ein.

Der Bund hat Niedersachsen bis 2015 jährlich rund 38,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Seit 2016 sind es rund 78,3 Millionen Euro. Und für die Jahre 2017 und 2018 will der Bund nun noch einmal im Rahmen des Integrationspaketes je 500 Millionen Euro aufsatteln. Darauf hatten sich Bund und Länder im Juli geeinigt. Ein entsprechender Referentenentwurf aus dem Bundesfinanzministerium liegt bereits vor. Für Niedersachsen bedeutet dies noch einmal 46,6 Millionen Euro jährlich in den Jahren 2017 und 2018. Bis 2019 stehen damit für die soziale Wohnraumförderung mehr als 800 Millionen Euro zur Verfügung.

- 1. Welche Fördermöglichkeiten gibt es aktuell für den sozialen Wohnungsbau?**
- 2. Wie hat sich die Wohnraumförderung seit 2007 in Bezug auf Haushaltsmittel, Wohnungen und Bedarfsgruppen entwickelt?**
- 3. Mit welchen weiteren Maßnahmen und neuen Ansätzen will die Landesregierung die Inanspruchnahme der Mittel zur Wohnraumförderung noch weiter verbessern?**

**2. Liegt bei folgenden Tötungsdelikten in Niedersachsen eine politische Motivation zugrunde?**

Abgeordnete Julia Willie Hamburg, Meta Janssen-Kucz, Filiz Polat und Maaret Westphely (Grüne)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Nach dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011 hat die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder auf ihrer Frühjahreskonferenz im Jahr 2012 beschlossen, eine Überprüfung von nicht aufgeklärten Altfällen aus den Jahren von 1990 bis 2011 vorzunehmen. Überprüft werden soll, inwiefern diese Taten mit dem NSU vergleichbare Tatmodalitäten oder mögliche Bezüge zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) -rechts- aufweisen, um festzustellen, ob ein möglicher rechtsextremer Hintergrund übersehen worden ist.

Bereits seit Langem gibt es eine Kontroverse zwischen journalistischen und zivilgesellschaftlichen Recherchen und den behördlichen Kriminalstatistiken hinsichtlich der realen Dimension rechter Tötungen. Das zeigen exemplarisch folgende Fälle:

- a) Auszüge aus dem Urteil des Landgerichts Hildesheim 14 Kls 3 Js 11722/91: „Die angeklagten (...) sind in der Beteiligung an einer Schlägerei schuldig; der Angeklagte (...) ist darüber hinaus der tateinheitlichen fahrlässigen Tötung schuldig.“ „Der Angeklagte hat sich nach dem Urteil im Mai 1991 aus der Skinhead-Szene zurückgezogen.“ Ferner heißt es in der Begründung des Urteils zur Schilderung des Tathergangs u. a.: „Ein Mädchen aus der Gruppe (Skinheads) rief sinngemäß: ‚Da ist `ne Zeckel!‘ Zecke ist in Skinhead-Kreisen die Bezeichnung für einen Punker. Der Angeklagte (...) sprang aufgrund dieses Zurufs auf und verfolgte Matthias

Knabe in der Absicht, ihn „aufzumischen“. Auf weitere detaillierte Schilderungen und Hinweise auf Zeugenaussagen wird verzichtet.

- b) „Der 21-jährige Wehrdienstleistende Alexander Selchow wird in der Silvesternacht 1990 in Rosdorf (Niedersachsen) von zwei 18-jährigen Skinheads niedergestochen, die beide der rechtsextremistischen FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) angehören. Alexander Selchow stirbt am 1. Januar 1991 an den Folgen mehrerer Messerstiche. Das Landgericht Göttingen verurteilt den Messerstecher wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu sechs Jahren Jugendstrafe; sein Mittäter kommt mit vier Wochen Arrest davon, den er aufgrund der Untersuchungshaft nicht antreten muss. Der zuständige Staatsanwalt hatte stattdessen in seinem Plädoyer auf sieben Jahre bzw. ein Jahr sechs Monate Jugendhaft wegen Totschlags gefordert. Seiner Argumentation, die Täter hätten den Tod S. billigend in Kauf genommen, folgte das Gericht jedoch nicht.“<sup>1</sup>

Beide geschilderten Fälle erfüllen die o. g. Kriterien der Fallüberprüfung nicht, da die Täter bereits verurteilt worden sind. Alexander Selchow und Matthias Knabe werden in der offiziellen Statistik nicht als Opfer rechter Gewalt geführt, dabei wäre eine nachträgliche Anerkennung insbesondere für die Familien und Freundinnen und Freunde der beiden Getöteten von großer ideeller Bedeutung. Zu dem Zeitpunkt der beiden Taten gab es die Kriminalstatistik über politisch motivierte Kriminalität -rechts- nicht.

1. **Sieht die Landesregierung in den oben geschilderten Sachverhalten Alexander S. und Matthias K. Todesopfer rechter Gewalt?**
2. **Würde die Landesregierung die beiden o. g. Fälle nach heutigen Maßstäben in die offizielle Statistik Politisch motivierter Kriminalität (PMK) -rechts- aufnehmen?**
3. **Sind der Landesregierung weitere, vergleichbare Fälle bekannt?**

### 3. **Verherrlichung des Märtyrertodes auch in Niedersachsen?**

Abgeordnete Hermann Grupe, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

#### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt in ihrer Ausgabe vom 5. September 2016, dass das nordrhein-westfälische Innenministerium seine Kooperation mit der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ (DITIB) beendet habe. Der Grund dafür sei ein Comic der türkischen Religionsbehörde Diyanet. In diesem Comic werde der „Märtyrertod verherrlicht“. Das Ministerium habe den nordrhein-westfälischen DITIB-Landesverband in der Sache zu einer Stellungnahme aufgefordert. In ihrer Antwort habe die DITIB die „notwendige Neutralität bzw. ausreichende Distanz“ vermissen lassen, so der Innenminister.

1. **Wie bewertet die Landesregierung den Inhalt des oben genannten Comics, und hat sie den niedersächsischen DITIB-Landesverband um Stellungnahme gebeten?**
2. **Hat die Landesregierung Kenntnis davon, dass dieses Comicheft in Niedersachsen verbreitet wurde?**
3. **Welche Auswirkung hat dieser Sachverhalt auf die Zusammenarbeit mit dem niedersächsischen DITIB-Landesverband?**

<sup>1</sup> <http://www.opferfonds-cura.de/zahlen-und-fakten/erinnerungen/dezember/alexander-selchow/>

#### 4. Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden Schulen im August 2016

Abgeordnete Jörg Hillmer und Kai Seefried (CDU)

##### Vorbemerkung der Abgeordneten

Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) hat am 19. August 2016 mitgeteilt, dass der Prognosewert der Unterrichtsversorgung für die allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen (sogenannter BPP-Wert) am 1. August 2016 bei 97,8 % lag. Derart niedrige Werte der Unterrichtsversorgung wurden zuletzt in der letzten Regierungszeit einer SPD-Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel im Jahr 2002 erreicht.

Laut einer Unterrichtung durch einen Mitarbeiter des Kultusministeriums in der Sitzung des Kultusausschusses des Landtags am 26. August 2016 werde der tatsächlich gemessene Durchschnittswert der Unterrichtsversorgung für die allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen in der Folgewoche vorliegen, sobald alle Prüfungen abgeschlossen seien. Die Erhebung der Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden Schulen für das Schuljahr 2016/2017 fand zum Stichtag 18. August 2016 statt.

1. **Wie hoch (in Prozent) war die durchschnittliche rechnerische Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen zum Statistikertermin am 18. August 2016?**
2. **Wie hoch (in Prozent) war die durchschnittliche rechnerische Unterrichtsversorgung zum Statistikertermin am 18. August 2016 an den verschiedenen Schulformen der allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen?**
3. **Wie viele Lehrerstellen, die dem Kultusministerium für das 1. Schulhalbjahr 2016/2017 zur Verfügung standen, sind nicht ausgeschrieben worden?**

#### 5. In welchem Umfang wird die Schienenstrecke Osnabrück–Oldenburg für Güterverkehr genutzt?

Abgeordnete Filiz Polat, Susanne Menge und Hans-Joachim Janßen (Grüne)

##### Vorbemerkung der Abgeordneten

Im aktuellen Koalitionsvertrag bekennt sich die rot-grüne Koalition dazu, „Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und die Binnenwasserstraßen zu verlagern“. Eine leistungsfähige Hafenhinterlandanbindung werde schnell benötigt.

In diesem Zusammenhang hatte die damalige Landesregierung im November 2008 ein Gutachten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Braunschweig vorgestellt, das Engpässe und Lösungskonzepte bei den Hinterlandanbindungen aufzeigt. Darin wurde auch die Verbindung Osnabrück–Oldenburg als Möglichkeit zur Schaffung von Infrastrukturkapazitäten genannt. Die Gutachter hielten damals in einer ersten Stufe ab dem Jahr 2009 eine Aufstockung des Güterverkehrs um 15 Güterzüge (600 m Länge) pro Tag ohne weitere Ausbaurkosten für möglich.

In einer zweiten Stufe empfahlen sie, verbunden mit dem Ausbau von Kreuzungsbahnhöfen ab 2012, eine weitere Aufstockung um 43 Güterzüge (700 m Länge) auf insgesamt 58 Güterzüge pro Tag sowie eine Elektrifizierung bis zum Jahre 2015. Das hätte eine ganz erhebliche Verkehrszunahme auf dieser einspurigen Strecke sowie zusätzliche Lärmbelastungen für die Anliegerinnen und Anlieger zur Folge.

In der Antwort vom 7. März 2011 auf die Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung „Nutzung der Schienenstrecke Osnabrück-Oldenburg für Güterverkehr“ (Drucksache 16/3395) der Abgeordneten Filiz Polat hatte die damalige Landesregierung erklärt, dass von DB-Vorstandsmitglied Herr Dr. Kefer „eine Untersuchung bezüglich Notwendigkeit und Machbarkeit eines Streckenausbaus Oldenburg–Osnabrück angeregt“, jedoch noch nicht durchgeführt worden sei.

1. **Wie hat sich die Situation auf der Schienenstrecke Osnabrück–Oldenburg hinsichtlich des Güterverkehrs - auch in Bezug auf die vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt für möglich erachteten Zahlen - entwickelt?**
2. **Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich Anfragen von Eisenbahnverkehrsunternehmen zu Nutzung oder Ausbaumaßnahmen der Strecke vor?**
3. **Wurde die Untersuchung bezüglich Notwendigkeit und Machbarkeit eines Streckenausbaus Oldenburg–Osnabrück, von der in der oben erwähnten Antwort der Landesregierung vom 7. März 2011 auf die Anfrage „Nutzung der Schienenstrecke Osnabrück–Oldenburg für Güterverkehr“ (Drucksache 16/3395) die Rede ist, inzwischen durchgeführt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?**

#### **6. Inanspruchnahme des Förderprogramms „MikroSTARTer“**

Abgeordnete Christian Grascha, Gabriela König und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

##### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Mit Erlass vom 22. Juni 2015 - 20-32318 – dehnte das Wirtschaftsministerium das Förderprogramm „MikroSTARTer“, bis dato begrenzt auf das Zielgebiet „Konvergenz“, bestehend aus den Landkreisen Celle, Cuxhaven, Harburg, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Osterholz, Rotenburg (Wümme), Heidekreis, Stade, Uelzen und Verden, auf das gesamte Landesgebiet aus. Dieser trat zum 1. Juli 2015 in Kraft. Zur Förderung der Existenzgründungen werden dafür Kleinkredite zwischen 5 000 und 25.000 Euro ohne Sicherheiten über die NBank bereitgestellt. Bis 2020 stellt das Wirtschaftsministerium dafür 16 Millionen Euro aus dem EFRE und Landesmitteln in gleicher Höhe bereit. Das Politikjournal *rundblick* schrieb in seiner Ausgabe Nr. 157 vom 5. September 2016, dass das „MikroSTARTer“-Förderprogramm äußerst schlecht lief.

1. **Wie stellt sich die Inanspruchnahme des Förderprogramms seit Beginn der Legislaturperiode dar?**
2. **Welche Ursachen sind für diese Entwicklung ausschlaggebend?**
3. **Welche Verbesserungsvorschläge hat die Landesregierung zur weiteren Förderung der Existenzgründungen mithilfe des „MikroSTARTer“-Förderprogramms?**

#### **7. Was hat die Landesregierung getan, damit ausreisepflichtige Personen Niedersachsen verlassen?**

Abgeordnete Editha Lorberg, Horst Schiesgeries und Angelika Jahns (CDU)

##### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Laut einer Antwort der Landesregierung vom 21. Juni 2016 (Drs. 17/5987) hielten sich am 30. April 2016 in Niedersachsen 20 422 ausreisepflichtige Personen auf. Im Februar 2016 führte die Landesregierung eine sogenannte Sammelabschiebung mit einem selbstgecharterten Flugzeug durch. Danach wurden keine Sammelabschiebungen des Landes durch selbstgecharterte Flugzeuge mehr bekannt.

1. **Wie viele ausreisepflichtige Personen hielten sich zum 31. August 2016 in Niedersachsen auf, und wie viele sind bis dahin in diesem Jahr freiwillig ausgereist oder wurden abgeschoben?**
2. **Wie viele Sammelabschiebungen hat die Landesregierung seit Februar dieses Jahres durchgeführt, und wie oft hat sie dabei selber ein Flugzeug gechartert?**
3. **Wie bereitet sich die Landesregierung darauf vor, dass in Anbetracht der steigenden Anzahl abgelehnter Asylanträge auch die Zahl ausreisepflichtiger Personen deutlich steigen wird?**

## 8. Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Abgeordnete Belit Onay und Filiz Polat (Grüne)

### Vorbemerkung der Abgeordneten

Anfang April 2016 wurde die Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und den Krankenkassen zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Flüchtlinge unterzeichnet. Seitdem steht es den niedersächsischen Gebietskörperschaften offen, in diese Rahmenvereinbarung einzutreten und die Gesundheitskarte einzuführen.

Die kommunalen Spitzenverbände NST und NLT haben sich kritisch gegenüber der Vereinbarung geäußert und die Einführung der Karte in ihrer Pressemitteilung vom 16. März 2016 als „offen“ bezeichnet. Befürchtet würden erhebliche Kostensteigerungen. Auch ohne Karte sei die Erfüllung des gesetzlichen Anspruchs auf ärztliche Behandlung gewährleistet. In der Folge haben sich zahlreiche kommunale Verwaltungen mit diesen Argumenten gegen die Einführung der eGK ausgesprochen oder diese prüfen wollen. Lediglich die Stadt Delmenhorst hat bisher - gegen die Empfehlung der Verwaltung - die Einführung beschlossen.

Es stellt sich die Frage, welche Faktoren bei einer Vergleichsberechnung zu berücksichtigen sind.

1. **Ist es richtig, dass in die Berechnung des Personalaufwands auf kommunaler Ebene für das bisherige Verfahren, also ohne eGK, lediglich das Ausstellen von Behandlungsscheinen einzubeziehen ist, oder sollte auch die qualifizierte Prüfung der Abrechnungen der Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser und Apotheken für Gesundheitsleistungen auf Plausibilität einbezogen werden?**
2. **Welcher Personalaufwand müsste nach Schätzung der Landesregierung auf kommunaler Ebene betrieben werden, um diese Aufgaben zu erfüllen?**
3. **Sollten nach Einschätzung der Landesregierung in die Berechnung auch die folgenden Punkte einbezogen werden:**
  - **Aufwand der Kommunen für Gutachterkosten für die Bewilligung bestimmter Leistungen, wohingegen bei der Verwendung der eGK über die Bewilligung vieler Leistungen kassenintern entschieden wird, was nicht extra zu berechnen ist,**
  - **Einsparpotenzial der Kommunen durch Rabattverträge der Kassen mit einzelnen Leistungsanbietern, von denen die Kommunen nur profitieren, wenn über die eGK abgerechnet wird,**
  - **Aufwand der Kommunen für den Unterhalt von Räumlichkeiten sowie die Ausstattung mit notwendiger Hard- und Software?**

## 9. Wie viele Fahrraddiebstähle wurden seit 2014 in Niedersachsen erfasst?

Abgeordnete Filiz Polat und Susanne Menge (Grüne)

### Vorbemerkung der Abgeordneten

Das Fahrrad ist für viele Bürgerinnen und Bürger mittlerweile zu einem wichtigen Verkehrsmittel geworden, mit dem viele Alltagswege zurückgelegt werden können. Laut Statistischen Bundesamt ([https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/zdw/2015/PD15\\_023\\_p002.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/zdw/2015/PD15_023_p002.html)) besaßen Anfang 2014 gut 81 % der deutschen Haushalte mindestens ein Fahrrad. 1,2 Millionen Privathaushalte in Deutschland besaßen zum selben Zeitpunkt bereits mindestens ein (hochpreisiges) E-Bike.

Neben der Nutzung des Fahrrads steigt aber auch die Zahl der Diebstähle. Laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (<http://www.gdv.de/2015/07/fahrraddiebstaehle-auf-fuenfjahres-hoch/>) erfasste die Polizei 2014 340 000 Fahrraddiebstähle - ein Anstieg von 7 % im Vergleich zu 2013. Nur knapp 10 % der Diebstähle werden dagegen aufgeklärt. Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Fahrraddiebstahl“ (Drucksache 17/5041) zeigt, dass auch in Niedersachsen die Aufklärungsquote seit 2011 stetig abnimmt.

1. **Wie viele Fahrraddiebstähle wurden seit 2014 in Niedersachsen polizeilich erfasst, und wie hoch war/ist die Aufklärungsquote bei diesen Diebstählen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?**
2. **Wie viele Fahrraddiebstähle wurden seit 2014 in der Stadt Bramsche sowie im Landkreis Osnabrück polizeilich erfasst, und wie hoch war/ist die Aufklärungsquote bei diesen Diebstählen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?**

#### 10. **Rechtswidrige Dienstanweisung der Stader Bürgermeisterin im Wahlkampf?**

Abgeordneter Kai Seefried (CDU)

##### **Vorbemerkung des Abgeordneten**

Die Bürgermeisterin der Hansestadt Stade, Silvia Nieber, hat in einem Schreiben an öffentliche Einrichtungen und Schulen im Gebiet der Hansestadt Stade Politikerbesuche im Zeitraum vom 15. August bis zum 11. September 2016 untersagt. In der Anordnung nimmt sie Bezug auf einen Runderlass des Kultusministeriums zu Besuchen von Politikerinnen und Politikern in Schulen. Der Runderlass hierzu sieht jedoch ausdrücklich etwas anderes vor und legt die Entscheidung über Besuche von Politikerinnen und Politikern in die Entscheidungskompetenz der Schulleiterin oder des Schulleiters.

1. **Besagt der Runderlass des Kultusministeriums „Besuche von Politikerinnen und Politikern in Schulen“, RdErl. d. MK v. 01.08.2012 - 35-81 704 (SVBl. 8/2012 S.426), geändert durch RdErl. vom 01.08.2014 (SVBl. 9/2014 S. 458), dass Politikerinnen und Politiker in Zeiten von Wahlkämpfen Schulen nicht besuchen dürfen, oder welchen anderen Inhalt hat der Erlass?**
2. **Ist es zulässig, dass die Stader Bürgermeisterin die o. g. Dienstanweisung unter Bezugnahme auf den o. g. Runderlass an Lehrkräfte und Schulleitungen herausgibt?**
3. **Wie bewertet die Landesregierung das möglicherweise rechtswidrige Vorgehen der Stader Bürgermeisterin, und wurde diesbezüglich die Kommunalaufsicht bereits tätig?**

#### 11. **Wann ist mit dem Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden zur Schulsozialarbeit zu rechnen?**

Abgeordneter Kai Seefried (CDU)

##### **Vorbemerkung des Abgeordneten**

Seit mehr als zwei Jahren verhandelt das Kultusministerium mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Zukunft der Schulsozialarbeit in Niedersachsen. Seitens des Landes wurden laut Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 13. Juli 2016 an rund 500 allgemeinbildenden Schulen Stellen für schulische Sozialarbeit ausgeschrieben. Währenddessen steht eine Einigung mit den Kommunen weiterhin aus, sowohl über finanzielle Fragen als auch über die Abgrenzung zwischen kommunalen und Landesaufgaben bei der Schulsozialarbeit.

Bereits mehrfach hat das Ministerium erklärt, eine Einigung stehe bevor. Zuletzt hat das Kultusministerium in der Sitzung des Kultusausschusses des Landtags am 27. Mai 2016 einen zeitnahen Abschluss der Gespräche in Aussicht gestellt. In der Sitzung hieß es, es gebe „geringe Fortschritte, aber noch keine abschließenden Entscheidungen“. Mit einem Ende der Gespräche und einem Abschluss einer Vereinbarung zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden sei in den nächsten Wochen zu rechnen.

1. **Wann ist mit dem Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden zur Schulsozialarbeit zu rechnen?**
2. **Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand, insbesondere in Bezug auf die Kostenteilung zwischen Land und Kommunen sowie in Bezug auf die Aufgabenteilung?**

3. **Wie viele der Stellen für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, die laut Pressemitteilung an rund 500 Schulen ausgeschrieben wurden, sind bereits besetzt?**

12. **Wie stark werden Ehrenamtliche durch Anforderungen des Landes zur Statistik in Anspruch genommen?**

Abgeordnete Axel Miesner und Editha Lorberg (CDU)

#### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Zunehmend berichten Ehrenamtliche, dass ihnen vom Land Niedersachsen für ihr zivilgesellschaftliches Engagement Statistikpflichten auferlegt werden. So schrieb das Landesamt für Statistik Niedersachsen im Januar 2016 die Träger der Jugendarbeit wegen der verpflichtenden Teilnahme an einer statistischen Umfrage an. Diese haben teilweise hauptberufliche Mitarbeiter. Ein Großteil des Engagements geschieht aber im Ehrenamt. Die Angeschriebenen äußerten im persönlichen Gespräch Unverständnis, weil ihnen hiermit zusätzliche bürokratische Arbeit auferlegt werde.

1. **Welche Statistikpflichten für ehrenamtliche und eingetragene Vereine gibt es in Niedersachsen?**
2. **Wie viele Vereine oder Personen waren in den Jahren 2014 und 2015 mit solchen Anfragen konfrontiert?**
3. **Was tut die Landesregierung, um Ehrenamtlichen bürokratische Arbeiten bei ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement abzunehmen?**

13. **Steigt die Zahl der Anträge für den „kleinen“ Waffenschein in Niedersachsen weiter an?**

Abgeordnete Angelika Jahns und Editha Lorberg (CDU)

#### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Das *Göttinger Tageblatt* berichtet in seiner Ausgabe vom 29. August 2016 („Kleiner Waffenschein: Rasanter Anstieg“,) dass die Behörden im Landkreis Göttingen deutlich mehr Lizenzen für Schreckschusspistolen, Reizgas und Signalwaffen erteilten als zuvor. Hätten bis Ende 2015 nur 8 Personen aus Duderstadt einen solchen Antrag gestellt, seien inzwischen 36 Personen Inhaber einer solchen Lizenz.

Auch aus anderen Regionen des Landes Niedersachsen wird ein deutlicher Anstieg berichtet. Immer wieder wird dabei auch auf die Vorfälle in Köln in der Silvesternacht als Auslöser Bezug genommen.

1. **Wie viele Anträge für „kleine“ Waffenscheine sind in diesem Jahr bislang in Niedersachsen gestellt worden, und liegt hier eine Steigerung gegenüber den Vorjahren vor?**
2. **Welche Erklärungen für einen Anstieg der Antragszahl für den „kleinen Waffenschein“ sieht die Landesregierung?**
3. **Wie bewertet die Landesregierung die steigende Anzahl von Anträgen?**

14. **Was tut die Landesregierung zur Verbesserung der Juristenausbildung?**

Abgeordnete Jörg Hillmer und Horst Schiesgeries (CDU)

#### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Laut Ausgabe 02/2016 der Mitteilungen der Vertretung des Landes Niedersachsen im Bundesrat fand Anfang des Jahres in deren Räumlichkeiten eine Veranstaltung zur Zukunft der Juristenausbildung statt. In dieser Veranstaltung sagte Justizministerin Niewisch-Lennartz demnach, dass es für die staatlichen Akteure der Juristenausbildung beschämend sei, dass die überwältigende Mehrheit der Prüflinge meine, ein erfolgreiches Examen nur durch den Besuch eines privaten Repetitori-

ums erreichen zu können. Weiterhin sagte sie demnach: „Ich frage mich, ob wir mit diesem Klausurenmarathon wirklich den tatsächlichen Wissens- und Leistungsstand der Prüflinge zutreffend ermitteln. Oder messen wir nicht eher ihre Stressresistenz sowie ihre Fähigkeit, die Korrektoren oder den Korrektor trotz der Dauerbeanspruchung noch mit einer schönen, aber noch lesbaren Handschrift zu erfreuen?“

Weiterhin führte sie aus, dass Fähigkeiten wie das juristische Argumentationsgeschick, die Verhandlungskompetenz und das nötige Einfühlungsvermögen zwar zum Handwerkszeug eines jeden guten Juristen gehörten, dieses jedoch in den Ausbildungsplänen oder gar den Prüfungen keinen Raum einnehmen. Sie stellte auch die Frage, was mit den Kandidatinnen und Kandidaten geschehe, die zum wiederholten Male die juristische Staatsprüfung nicht bestanden hätten. Nach der Auffassung der Ministerin sollten demnach alle Verantwortlichen aufgerufen sein, den Betroffenen eine andere Qualifikation zu ermöglichen, damit die Absolvierung des Referendariats nicht vollkommen ohne vorzeigbares Ergebnis bliebe. Die von der Justizministerin aufgeworfenen Fragen sollen dann in zwei aufeinanderfolgenden Runden diskutiert worden sein.

1. **Welche Überlegungen oder Planungen hat die Landesregierung gegenwärtig zu den von der Justizministerin in der genannten Veranstaltung aufgeworfenen Fragen?**
2. **Wie steht die Landesregierung zu der Absenkung der Bedeutung des Schwerpunktbereichs im ersten juristischen Staatsexamen?**
3. **Welche konkreten Überlegungen gibt es zum Ablauf des von der Justizministerin in der Plenarsitzung vom 19. August 2016 geforderten Referendariats in Teilzeit?**

**15. Was tut die Landesregierung, um den baulichen Zustand von Polizeistationen und Polizeikommissariaten zu verbessern?**

Abgeordnete Thomas Adasch, Ulf Thiele und Horst Schiesgeries (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

In persönlichen Gesprächen mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten äußern diese immer wieder Unmut über die bauliche Situation ihrer Arbeitsplätze. Veraltete sanitäre Einrichtungen, Behelfslösungen und ein fragwürdiger energetischer Standard der Gebäude werden dabei immer wieder beklagt.

Beispielsweise soll für die Polizeistation in Esens erheblicher Sanierungsbedarf vom Gebäudemanagement des Landes anerkannt sein. Wann dort aber Maßnahmen zur Modernisierung stattfinden sollen, sei unklar.

1. **Wie bewertet sie die bauliche Situation der Polizeistandorte in Niedersachsen im Allgemeinen?**
2. **Plant die Landesregierung, die finanziellen Mittel zur Sanierung und Modernisierung der Polizeistandorte in Niedersachsen zu erhöhen?**
3. **Was tut die Landesregierung konkret, um den baulichen Zustand der Polizeistation in Esens zu verbessern?**

**16. Sind die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten in Niedersachsen gut ausgestattet?**

Abgeordnete Thomas Adasch, Horst Schiesgeries und Angelika Jahns (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

In Gesprächen mit Polizistinnen und Polizisten aus Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten der niedersächsischen Bereitschaftspolizei (BFE) wird immer wieder die mangelnde Ausstattung seitens des Landes beklagt. So sollen sich diese aus privaten Mitteln für die Einsätze benötigte Ausstattung, wie beispielsweise Leitern oder Werkzeuge zum Aufbruch von Türen, beschafft haben. Bemängelt wird in diesen Gesprächen auch die Ausrüstung der BFE mit schutzsicheren Wes-

ten. So fehle es an Schutzwesten der Schutzklasse 2 oder höher. Diese müssten sich die Einheiten für Großeinsätze, beispielsweise bei Razzien im Drogenmilieu, bei anderen Einheiten ausleihen.

Die Bundespolizei stattet manche ihrer BFE inzwischen mit Sturmgewehren (Modell H&K G 36) für Terrorszenarien aus. Laut Presseberichten schaffen andere Bundesländer ebenfalls zusätzliche Sturmgewehre an, weil Maschinenpistolen nicht für alle Szenarien ausreichen.

1. **Welche Maßnahmen sind geplant oder bereits umgesetzt, um die BFE der Bereitschaftspolizei in Niedersachsen besser mit Schutzwesten und anderer Ausstattung auszurüsten?**
2. **Wie ist die Verteilung der von der Landesregierung angekündigten zusätzlichen Schutzwesten (Schutzklasse) und Maschinenpistolen über welchen Zeitraum geplant?**
3. **Welche Einheiten der Polizei in Niedersachsen sind oder werden mit wie vielen sogenannten Sturmgewehren ausgerüstet, um auf Terrorszenarien vorbereitet zu sein?**

#### 17. HAZ: „Die Bio-Nazis von nebenan“

Abgeordnete Editha Lorberg (CDU)

##### Vorbemerkung der Abgeordneten

In der Aushabe vom 27. August 2016 berichtete die *Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)* über völkische Siedler im ländlichen Raum („Die Bio-Nazis von nebenan“), die mit rechtsextremen Gedankengut Dorfstrukturen unterwandern wollten.

Vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in der Lüneburger Heide und im Wendland hätten sich Familien niedergelassen, die weder harmlose „Ökos“ noch nostalgische Mittelalterhandwerker seien. Die *HAZ* schreibt hierzu:

„Die harmlos wirkenden Nachbarn arbeiten als Bauern, Imker oder Kunsthandwerker. Nach außen hin fallen die gut getarnten Rechtsextremisten unter der einheimischen Landbevölkerung kaum auf. Die Männer tragen lange Bärte und Zimmermannshosen. Die Frauen helfen beim Melken und organisieren Nachbarschaftshilfe. Ihre Ziele sind allerdings andere. Sie wollen Dorfstrukturen unterwandern und rechtsextremes Gedankengut verbreiten.

Einige von ihnen nennen sich ‚Neo-Artamanen‘, einer war Anführer in der inzwischen verbotenen militanten ‚Heimatreuen Deutschen Jugend‘ (HDJ), ein anderer führend in der Berliner NPD.

Auch in anderen dünn besiedelten Gegenden mit niedrigen Bodenpreisen haben sich ‚nationale Dorfgemeinschaften‘ gebildet, die neben ihren Häusern eigenes Land bewirtschaften und Bioprodukte zum Verkauf anbieten. Das Siedlungsgebiet reicht von Wismar und Bad Doberan über Ludwigslust und das Wendland bis hin zur Lüneburger Heide und nach Sachsen-Anhalt.

Das Innenleben der Höfe ist gut abgeschirmt. Wenn etwas nach außen dringt über diese unheimliche Szene, dann durch Aussteiger. Die 16-jährige Rebekka (Name ist von der Redaktion geändert) war gezwungen, in der Szene zu leben. Der Geliebte ihrer Mutter ist ein rassistischer Neonazi, er lebt als völkischer Siedler. Rebekka spürte das am eigenen Leib. Der Freund ihrer Mutter wollte sie ‚deutscher‘ machen. Häufig habe er sie geschlagen. Sie ritzte sich anschließend mit einer Rasierklinge die Unterarme auf, ‚um Druck abzubauen‘, wie sie erzählt.“

1. **Leben Personen in Niedersachsen, die dem Kreis der „völkischen Siedler“ oder den „Neo-Artamanen“ zuzurechnen sind, und, wenn ja, wie viele und wo?**
2. **Wie sind die völkischen Siedler strukturiert, und aus welchen Mitteln werden diese Strukturen finanziert?**
3. **Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen oder hat sie bereits ergriffen, um rechtsextreme Strukturen und die Unterwanderung von Dorfstrukturen durch rechtsextremes Gedankengut dieser Gruppierung zu verhindern bzw. zu unterbinden?**

**18. Antisemitismusvorwurf gegen die HAWK: Warum hat Ministerin Heinen-Kljajić die Verwechslung der Seminarbezeichnungen im Landtag nicht erwähnt?**

Abgeordnete Heidemarie Mundlos, Jörg Hillmer, Burkhard Jasper, Gabriela Kohlenberg, Dr. Stephan Siemer und Horst Schiesgeries (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Am 18. August 2016 hat Wissenschaftsministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić eine Dringliche Anfrage zu einem Antisemitismusvorwurf gegen die Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim beantwortet („Antisemitismusvorwurf gegen die HAWK - Wie geht Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajić (GRÜNE) mit den Vorwürfen um, die niedersächsische Hochschule sei eine „Hassfabrik“?“ (Drs. 17/6284)).

Darin erläuterte die Ministerin u. a., dass sie dem Präsidenten des Zentralrats der Juden, Dr. Josef Schuster, in einem Schreiben vom 29. Februar 2016 den Sachstand mitgeteilt habe. Der Zentralrat hatte sich zuvor in zwei Schreiben an die Landesregierung gewandt und u. a. ein Gutachten zu den Seminarunterlagen des kritisierten Seminars „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ übersandt, das zu dem Schluss gekommen war, den Studierenden werde „ein zutiefst antiisraelisches, in Teilen sogar antisemitisches Weltbild vermittelt“.

Wie die Ministerin im Plenum sagte, gehörte zu dieser Sachstandbeschreibung in ihrem Schreiben an den Zentralrat der Juden auch eine Beschreibung dessen, wie die Hochschule nun mit den Vorwürfen umgehe. Die Ministerin sagte: „Als einen ersten Schritt hatte die Hochschule ausweislich ihrer Stellungnahme entschieden, dass für das laufende Wintersemester eine Verpflichtung bestand, die kritisierte Lehrveranstaltung zwingend mit einer weiteren Veranstaltung zusammen zu belegen (Israel und Palästina, historische Hintergründe), um die Entwicklung eines eigenständigen Standpunktes zu gewährleisten.“ Unter anderem dies sei dem Zentralrat der Juden am 29. Februar 2016 mitgeteilt worden.

In der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur am 22. August 2016 legte Staatssekretärin Andrea Hoops den Ausschussmitgliedern das Schreiben von Ministerin Heinen-Kljajić an den Zentralrat vor. Darin heißt es wörtlich: „Seit dem Wintersemester 2015/2016 ist die Teilnahme an dem Seminar verpflichtend mit der Teilnahme am Seminar ‚Jüdisches Leben in Deutschland‘ verbunden“. Damit ging der Zentralrat der Juden ab Ende Februar 2016 davon aus, dass das von der Ministerin benannte Seminar tatsächlich stattfand.

Die Staatssekretärin erläuterte im Ausschuss am 22. August 2016 jedoch auch, das Seminar sei in dem Schreiben an den Zentralrat der Juden falsch bezeichnet worden. Richtig lauten müsse der Seminartitel statt „Jüdisches Leben in Deutschland“, wie dem Zentralrat mitgeteilt, vielmehr „Israel und Palästina: Historische Hintergründe“. Dies sei eine „offensichtliche Unrichtigkeit. Aus dem Gesamtkontext wird das aber klar; für die Sache selbst ist das nicht entscheidend“, so die Staatssekretärin weiter.

Laut Unterrichtung am 22. August 2016 bot die HAWK an, den Lehrbeauftragten El-Dick zu bitten, das Seminar „Israel und Palästina: Historische Hintergründe“ zu leiten.

- 1. Teilt die Ministerin für Wissenschaft und Kultur die Einschätzung ihrer Staatssekretärin, für die Sache sei es „nicht entscheidend“, dass dem Zentralrat der Juden mitgeteilt worden sei, das verpflichtend zu belegende Seminar heiße „Jüdisches Leben in Deutschland“ statt „Israel und Palästina: Historische Hintergründe“?**
- 2. Wann hat sich die Ministerin erneut schriftlich an den Zentralrat der Juden gewandt, nachdem die Verwechslung der Seminarbezeichnungen aufgefallen war, und für eine Klarstellung gesorgt?**
- 3. Warum hat die Ministerin während der Beantwortung der Dringlichen Anfrage im Plenum am 18. August 2016 die Verwechslung der Seminarbezeichnungen nicht erwähnt?**

**19. Nutzung der Platzrandstraße als Bedarfsumleitungsstrecke - Wird die Landesregierung ihre Unterstützung geben?**

Abgeordnete Gudrun Pieper (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Aufgrund der Baumaßnahmen zum dreispurigen Ausbau des Autobahnteilstücks Soltau–Walsroder Dreieck, die noch zehn Jahre andauern werden, entstehen häufig Verkehrsprobleme, insbesondere auch auf den Umleitungsstrecken. Nahezu täglich werden über den Verkehrsfunk Stauwarnungen mitgeteilt, die Ausweichverkehre auslösen. Die Bürgerinnen und Bürger aus der Region beschweren sich zunehmend darüber, dass die Ortschaften entlang der A 7 einer enormen Belastung ausgesetzt seien. In vielen Gesprächen ist darauf hingewirkt worden, dass die Platzrandstraße, die fast ausnahmslos parallel zur Autobahn verläuft, genutzt werden soll, um den Verkehr zwischen Ostenholz über Bad Fallingbostel und Dorfmark bis an die Anschlussstelle Soltau Süd (B 3) umzuleiten. Es gibt bereits eine Regelung aus dem Jahre 1996, die eine entsprechende Vereinbarung ermöglicht.

Die Platzrandstraße ist eine nicht öffentlich gewidmete Straße im Besitz der Bundesrepublik Deutschland und dient der verkehrlichen Nutzung auf dem NATO-Truppenübungsplatz. Eine öffentliche Nutzung als Bedarfsumleitungsstrecke wäre möglich, wenn durch die hiesige Polizei eine Absicherung stattfindet. In einem Gespräch mit Herrn Staatssekretär Gerd Hoofe (BMVg) im Landkreis Heidekreis am 1. September 2016 ist deutlich gemacht worden, dass eine zeitnahe Lösung umsetzbar sei. Bei der Umsetzung seien die Sicherheitsinteressen sowohl der umzuleitenden Verkehrsteilnehmer als auch die der übrigen Truppe zu berücksichtigen. Am 16. September wird daher ein Abstimmungsgespräch zwischen den beteiligten Behörden, u. a. auch unter Beteiligung der Polizei, stattfinden. Die *Walsroder Zeitung* berichtet dazu am 3. September 2016: „Wichtig war es Hoofe, auf die Verkehrssicherheit und die Tatsache hinzuweisen, dass es sich um eine Privatstraße für militärische Zwecke handele, es gebe keinen Mittelstreifen, kein seitliches Bankett und keine für den Straßenverkehr ausreichende Verkehrsbeschilderung. Verkehrsteilnehmer sollten durch die Umleitung nicht stärker gefährdet werden, als wenn sie auf der Autobahn bleiben würden. Für die Verkehrssicherheit müsste aber alleine die Polizei sorgen. Sie sei auch die Instanz, die den Bedarf einer Umleitung bei der Platzkommandatur anfragen und beantragen könnte.“

Meine Frage stehen vor dem Hintergrund, dass bei Staus und Unfällen die Polizei bereits sehr mit der verkehrlichen Ordnung belastet ist.

1. **Wie unterstützt die Landesregierung das Bestreben des Landkreises Heidekreis, die Platzrandstraße als Bedarfsumleitungsstrecke nutzen zu können?**
2. **Wird die Landesregierung dafür Sorge tragen, dass für diese Aufgabe zusätzlich Personal und Fahrzeuge der Polizeiinspektion Heidekreis zur Verfügung gestellt werden bzw. an anderer Stelle eine Personalaufstockung für diese Aufgabe erfolgt?**
3. **Wenn ja, ab welchem Zeitpunkt und für welchen Zeitraum und in welchem Umfang wird dies geschehen?**

**20. Investiert die Landesregierung „weitere 85 Millionen Euro“ bis 2020 (*Ostfriesen Zeitung*, 30. August 2016 und EZ-Kommentar „Gebremste Freude“, 30. August 2016) in die Entwicklung des Emders Hafens?**

Anfrage der Abgeordneten Hillgriet Eilers, Gabriela König und Jörg Bode (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Am 29.08.2016 weihte Staatssekretärin Behrens den sanierten Südkai im Emders Hafen ein. Die *Ostfriesen Zeitung* (Ausgabe vom 30.08.2016) berichtet anlässlich des Besuchs von Frau Staatssekretärin Behrens, dass das Land Niedersachsen in den nächsten vier Jahren „weitere 85 Millionen Euro“ in die Entwicklung des Emders Hafens investieren werde. 85 Millionen in vier Jahre ergeben 21,25 Millionen Euro pro Jahr. Die MiPla weist für Investitionen von Niedersachsen Ports (NP) für das Jahr 2017 23,7 Millionen Euro, für das Jahr 2018 33,7 Millionen Euro, für das Jahr

2019 23,7 Millionen Euro und für das Jahr 2020 23,7 Millionen Euro aus. NPorts ist Betreiber des Emders Hafens und zahlreicher weiterer Häfen in Niedersachsen. Die MiPla-Summe für die Förderung von Investitionen bei NPorts in den kommenden vier Jahren, also für die Jahre 2017 bis 2020, beträgt 104,8 Millionen Euro. Für sämtliche Emders Hafenprojekte des Jahres 2016 hat die Landesregierung ebenfalls 21 Millionen Euro vorgesehen (<http://www.mw.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/leistungsstarker-hafen-niedersachsen-mit-einem-deutlichen-umschlagsplus--140957.html>). Die Ankündigung von weiteren 85 Millionen Euro für die kommenden vier Jahre deutet auf einen Fünf-Jahres-Plan mit jährlich 21 Millionen Euro für die Emders Hafenprojekte hin.

1. **Welche künftigen Investitionsvorhaben werden durch die weiteren 85 Millionen Euro im Bereich des Emders Hafens für die nächsten vier Jahre (2017 bis 2020) angeschoben und realisiert?**
2. **Vor dem Hintergrund, dass NPorts zahlreiche weiteren Seehäfen, Inselversorgungshäfen und Regionalhäfen betreibt: Wie teilen sich die verbleibenden 19,8 Millionen Euro der MiPla für die Förderung von Investitionen auf die einzelnen Häfen von NPorts (z. B. Brake, Stade, Cuxhaven oder Norden) für die Jahre 2017 bis 2020 auf?**
3. **Vor dem Hintergrund von Konflikten innerhalb der Landesregierung über die Zukunft des Emders Hafens und der Aussage „Die Vorstellungen des Umweltressorts seien nicht das, was wir als Förderung des Hafens verstehen“ (Staatssekretärin Behrens, *Ostfriesen Zeitung* vom 30. August 2016): Welche Vorstellungen von Hafenförderungen hat Umweltminister Wenzel, wenn das MU „ein Naturschutzgebiet über einen bestehenden Hafen“ (Staatssekretärin Behrens, *Ostfriesen Zeitung* vom 30. August 2016) legt?**

## 21. Anwerbeversuche von Islamisten in den Flüchtlingsunterkünften

Abgeordnete Björn Försterling, Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe, Dr. Gero Hocker, Jan-Christoph Oetjen und Christian Grascha (FDP)

### Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 1. September 2016 berichtete die *Neue Presse* unter Berufung auf eine Erklärung des niedersächsischen Verfassungsschutzes von 30 bekannten Fällen islamistischer Anwerbeversuche im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften in Niedersachsen.

Am 14. August 2016 erklärte Hans-Georg Maaßen gegenüber der Deutschen Presseagentur, dass dem Verfassungsschutz bis dato bundesweit 340 Fälle bekannt waren. Demnach hat mindestens jeder elfte Fall in Niedersachsen stattgefunden.

Berichte aus den Ländern Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen bestätigten solch ein Vorgehen islamistischer Anwerber.

1. **Welchen persönlichen Hintergrund haben die Anwerber in Niedersachsen?**
2. **Wurden in Niedersachsen Anwerbeversuche von Islamisten bereits strafrechtlich geahndet?**
3. **Liegen Informationen bezüglich erfolgreicher Rekrutierungsversuche vor?**

## 22. Beschleunigung von Asylverfahren

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner, Gabriela König, Dr. Gero Hocker, Christian Grascha und Dr. Marco Genthe (FDP)

### Vorbemerkung der Abgeordneten

Die *Wirtschaftswoche* berichtet in ihrer Ausgabe vom 12. August 2016 („Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft - wir schaffen das“) über die aktuelle Flüchtlingssituation in Deutschland.

2015 wurden 1,1 Millionen Flüchtlinge registriert. Die Zahl der registrierten Flüchtlinge war 2015 höher als die Zahl der gestellten Asylanträge. Durch die hohe Anzahl an gleichzeitig ankommenden Migranten konnten viele nicht direkt einen Asylantrag stellen. Wie viele Menschen 2016 einen Antrag auf Asyl stellen werden, lässt sich schwer abschätzen.

Laut Frank-Jürgen Weise, Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, liegt heute noch der statistische Durchschnitt für die Bearbeitung von Asylverfahren bei über sechs Monaten. Dieser Wert ist weit entfernt von der Dreimonatszielmarke. Ebenfalls merkt er in dem Interview an, dass in manchen Regionen keine ausreichenden Datenleitungen vorhanden sind, um Akten auf digitalem Weg an die Verwaltungsgerichte zu schicken.

1. **Wie ist aktuell die Dauer, bis ein neu angekommener Asylbewerber in Niedersachsen registriert wird?**
2. **Wie ist aktuell die Verweildauer von Asylbewerbern in Erstaufnahmeeinrichtungen in Niedersachsen?**
3. **Wie ist aktuell die durchschnittliche Dauer der Asylverfahren in Niedersachsen?**

### 23. Verstöße von Windkraftanlagenbetreibern gegen Auflagen

Abgeordnete Horst Kortlang und Dr. Gero Hocker (FDP)

#### Vorbemerkung der Abgeordneten

Windkraftanlagen können mit Auflagen genehmigt werden. Beispiele hierfür wären u. a. regelmäßige Lärmmessungen oder auch Nachtabschaltungen. Immer wieder wird berichtet, dass die Betreiber diese Auflagen nicht oder nur unzureichend erfüllen.

1. **Welche Konsequenzen kann ein Verstoß gegen Auflagen haben?**
2. **Welche Möglichkeiten gibt es, die Einspeisevergütung bei Verstößen gegen Auflagen für den Zeitraum der ungenehmigten Laufzeit zu kürzen bzw. zu streichen?**
3. **Werden der Überwachungsbehörde die Höhe der Einspeisevergütung und die Auflagen der Genehmigungsbehörde übermittelt?**

### 24. Bahnhof Bad Bentheim: Wie kam es zum „Schildbürgerstreich“ (spiegel online, 30.08.2016) in Bad Bentheim?

Abgeordnete Gabriela König (FDP)

#### Vorbemerkung der Abgeordneten

„extra3“, „Hallo Niedersachsen“, Spiegel, Handelsblatt und HAZ sind nur einige Medien, die über den barrierefreien Umbau des Bahnsteiges und den geplanten Umbau des Bahnhofes in Bad Bentheim berichtet haben. Nach einer Erhöhung der Bahnsteige auf 76 cm liegt das dazugehörige Bahnhofsgebäude ca. 40 cm unterhalb des Bahnsteigs. In 2015 wurde im Stadtrat beschlossen, dass das Bahnhofsgebäude und der Vorplatz von der Bentheimer Eisenbahn AG übernommen werden sollen. Laut NDR ([http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck\\_emsland/Bad-Bentheim-Durchs-Fenster-zum-Zug,bahn-hof798.html](http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Bad-Bentheim-Durchs-Fenster-zum-Zug,bahn-hof798.html)) fehlen für den Kauf noch Fördergelder des Landes. Somit ist der Fahrplan für den kompletten Umbau zu einem barrierefreien Bahnhof offen. Laut Berichterstattung kann der jetzige Zustand bis Ende 2017 anhalten.

1. **Vor dem Hintergrund der umfangreichen Berichterstattung zu den Baumaßnahmen am Bahnhof in Bad Bentheim: Wie konnte es zum „realen Irrsinn“ (Sendung „extra3“, 24. August 2016) am Bahnhof in Bad Bentheim kommen?**
2. **Vor dem Hintergrund, dass Fahrgäste und sonstige Nutzer durch die Fenster steigen, um auf den Bahnsteig zu gelangen: Wer trägt die Verantwortung für den Fall von Unfällen verursacht durch den derzeitigen Bauzustand des Bahnhofgebäudes in Bad Bentheim?**

3. **Wann kann mit der Bewilligung der in Rede stehenden Fördergelder, folglich mit dem Beginn bzw. der Fortführung der notwendigen Umbaumaßnahmen und der Freigabe eines barrierefreien Bahnhofes (Bahnsteige, Gebäude, Vorplatz), gerechnet werden?**

**25. Teilnahme der Klimaschutzagentur an einer Demonstration gegen die EEG-Novelle**

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Hermann Grupe und Horst Kortlang (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Die Klimaschutzagentur Niedersachsen hat zusammen mit dem Bundesverband Windenergie und ProKlima am 25. Mai im Rahmen der Aktion „5 vor 12 - Energiewende retten!“ vor dem Rathaus in Hannover gegen die geplante EEG-Reform demonstriert.

1. **Inwieweit entspricht die Demonstration den Zielen der Landesregierung?**
2. **Wer hat die Teilnahme der Klimaschutzagentur an der Demonstration genehmigt?**
3. **Welche Kosten entstanden durch die Teilnahme der Klimaschutzagentur an der Demonstration (bitte vollständig auflisten)?**

**26. Einladungsfristen beim BAMF**

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner, Hillgriet Eilers, Hermann Grupe und Christian Grascha (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Report Mainz berichtet in der Sendung vom 23. August 2016, die die Überschrift „Chaos im BAMF“ trägt, dass die Einladungsfristen für Asylbewerber teilweise sehr kurz sind und manchmal die Schreiben sogar erst nach dem genannten Termin eintreffen. So heißt es: „...teilweise werden sie am Samstag zugestellt für einen Termin am Montag, andere haben eine Frist von drei bis vier Tagen. Außerdem gibt es einen Fall, wo der Brief den Asylbewerber erst erreicht hat, als der Termin schon in der Vergangenheit lag.“

Ebenfalls wird berichtet, dass ein Asylbewerber „im gleichen Briefumschlag vom gleichen BAMF-Sachbearbeiter eine Ablehnung und eine Anerkennung seines Asylgesuchs erhalten“ habe.

1. **Sind der Landesregierung ähnliche Fälle bezüglich der Einladungsfristen in Niedersachsen bekannt?**
2. **Wie ist die durchschnittliche Einladungsfrist in Niedersachsen (bitte nach Standorten aufschlüsseln)?**
3. **Werden Anreiseentfernung und Anreisemöglichkeiten bei der Einladungsfrist berücksichtigt?**

**27. Zwei Jahre Fachkräfteinitiative - was macht die „gemeinsame Kraftanstrengung“ (Minister Lies, 43. Plenarsitzung, Seite 3892)?**

Anfrage der Abgeordneten Gabriela König und Jörg Bode (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Der Startschuss für die Fachkräfteinitiative fiel am 8. Juli 2014. Sie bündelt die arbeitsmarktpolitische Kompetenz aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen und soll so eine neue Qualität der Zusammenarbeit erreichen. Die Landesregierung spricht im Zusammenhang mit der Fachkräfteinitiative von der Notwendigkeit eines langen Atems, der Bündelung von Ressourcen, einem ressortübergreifenden Ansatz und 200 Millionen Euro an ESF-Mitteln. Grundlage ist die „Vereinbarung der Partner“, die Ziele, Richtung und Inhalte beschreibt. 13 Ziele und 13 Handlungsfelder füllen den Handlungsrahmen, den „Kern der Fachkräfteinitiative“ (Minister Lies, 43. Plenarsitzung, Seite 3893)

aus. Minister Lies umschrieb am 25. Juli 2014 (Minister Lies, 43. Plenarsitzung, Seite 3894) das geplante 200-Millionen-Euro-Programm zur Sicherung der Fachkräfte anhand von sechs Spiegelstrichen. Die Summierung der Mittelaufzählung ergibt 178,6 Millionen Euro, sodass für die „zahlreiche Einzelprojekte“ (Minister Lies, 43. Plenarsitzung, Seite 3894) noch 21,4 Millionen Euro in der vorläufigen Laufzeit der Fachkräfteinitiative Niedersachsen bis 2018 verbleiben. Die Landesregierung hat beschlossen, dass das Wirtschaftsministerium halbjährlich das Kabinett über die Umsetzung der Fachkräfteinitiative unterrichtet. „Unter Leitung des Ministerpräsidenten wird einmal jährlich eine Spitzenrunde aller Partner der Fachkräfteinitiative zusammentreffen, Bilanz ziehen und Schwerpunkte für die weitere Arbeit setzen“ (Minister Lies, 43. Plenarsitzung, Seite 3894 des Stenografischen Berichts).

1. **Vor dem Hintergrund von 200 Millionen Euro ESF-Fördergeldern, einer Lenkungsgruppe unter Federführung des MW, vier Unterrichtungen des MW an die Landesregierung und zwei Spitzenrunden unter Leitung des Ministerpräsidenten: Wie ist der Sachstand der Fachkräfteinitiative Niedersachsen, insbesondere mit Bezug auf die Ausführungen und Ankündigungen der Landesregierung zur Drucksache 17/1745, Frage 1 „Die Fachkräfteinitiative Niedersachsen - Niedersachsens Antwort auf den Fachkräftebedarf im Land“ in Verbindung mit Drucksache 17/1877?**
2. **Wie setzt sich die Personalausstattung der Fachkräfteinitiative Niedersachsen zusammen?**
3. **Welche Probleme bei der Antragsbearbeitung und beim Mittelfluss sind der Landesregierung im Rahmen der Fachkräfteinitiative Niedersachsen bekannt?**

## 28. Falschmeldungen von Wolfshinweisen

Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Jan-Christoph Oetjen, Hermann Grupe und Dr. Marco Genthe (FDP)

### Vorbemerkung der Abgeordneten

Unter den Wolfsmeldungen in Niedersachsen sind auch Falschmeldungen, die in einem Ordner gesammelt werden, wie die Landesregierung in der Antwort auf die Anfrage „Wie viele freilebende Wolfhunde gibt es in Niedersachsen?“ (Drucksache 17/6054) der Abgeordneten Dr. Gero Hocker, Sylvia Bruns und Christian Grascha (FDP) mitteilte. Zu diesen Falschmeldungen ergaben sich durch diese Antwort weitere Nachfragen.

1. **Wie viele Falschmeldungen gab es insgesamt?**
2. **Weshalb wurden die Meldungen jeweils als falsch eingestuft (bitte jede Falschmeldung einzeln auflisten)?**
3. **Welche externen Fachleute wurden jeweils konkret in welchen Fällen hinzugezogen?**

## 29. Warum wird die Friesenbrücke vom Land und nicht vom Eigentümer vorfinanziert?

Anfrage der Abgeordneten Hillgriet Eilers, Dr. Stefan Birkner und Gabriela König (FDP)

### Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Friesenbrücke bei Weener ist im geschlossenen Zustand von der „Emsmoon“ gerammt und erheblich beschädigt worden, obwohl Kapitän und Lotsen an Bord waren. Die historische Klappbrücke ist in Gänze zerstört, die Brückenfundamente und Pfeiler sind erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Sämtliche Untersuchungen laufen noch, und eine Entscheidung über Art und Umfang von Ersatz, Instandsetzung oder Neubau soll bis Jahresende herbeigeführt werden. Ende August besuchte Ministerpräsident Weil Weener und hatte „gleich ein besonderes Geschenk im Gepäck“ (*Ostfriesische Nachrichten*, 29. August 2016). „Das Land wird die Reparatur der Friesenbrücke mit 30 Millionen Euro vorfinanzieren. Das ist die Grundlage dafür, dass wir starten können“

(*Ostfriesische Nachrichten*, 29. August 2016) wird Ministerpräsident Weil 14 Tage vor der Kommunalwahl zitiert.

1. **Vor dem Hintergrund, dass die Friesenbrücke keine Brücke des Landes ist, die Schadensaufnahme noch nicht abgeschlossen ist, ein Reparaturzeitplan erst in der 41. Kalenderwoche bekannt gegeben wird und eine Reparatur mindestens fünf oder mehr Jahre in Anspruch nimmt: Was ist die Grundlage (Haushaltstitel und Berechnungsgrundlage) für die 30-Millionen-Euro-Zusage von Ministerpräsident Weil?**
2. **Wieso hat die Eigentümerin der Brücke nicht das Geld für eine Finanzierung der Brückenreparatur?**
3. **Vor dem Hintergrund, dass die Friesenbrücke der Deutschen Bahn gehört: Unter welchen Voraussetzungen fließt das Geld der niedersächsischen Steuerzahler für die Friesenbrücke in Weener an die Deutsche Bahn, und unter welchen Modalitäten fließt es wieder zurück nach Niedersachsen?**

### 30. **Verdient Niedersachsen Geld mit seinen Schulden? (Teil 2)**

Abgeordnete Christian Grascha, Dr. Stefan Birkner, Jan-Christoph Oetjen, Gabriela König, Hermann Grupe und Christian Dürr (FDP)

#### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung „Verdient Niedersachsen Geld mit seinen Schulden?“ lautete die Antwort der Landesregierung zu Frage 2 ob es auch in Niedersachsen schon vorgekommen sei, dass durch Aufschläge ein positiver Saldo erwirtschaftet wurde: Ja.

1. **Wann war dies der Fall?**
2. **Welche Summe hatten die betreffenden Anleihen?**
3. **Wie hoch war das positive Saldo?**

### 31. **Ausbreitung von Greis- und Kreuzkrautarten in Niedersachsen**

Abgeordnete Hermann Grupe, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner, Horst Kortlang und Dr. Gero Hocker, Christian Dürr und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

#### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Greiskrautarten (*Senecio*) sind meist ein- oder zweijährige oder ausdauernde krautige Pflanzen aus der Familie der Korbblütler (*Asteraceae*). In Mitteleuropa sind mindestens 30 Arten heimisch. Für die Gattung der Greiskrautarten sind Pyrrolizidin-Alkaloide typisch, die zum großen Teil leberschädigend und krebsauslösend sind. Vergiftungssymptome treten meist erst nach vielen Wochen oder Monaten auf. Vergiftungen sind auch über Honig und Kuhmilch möglich. Das Vieh meidet *Senecio*-Arten auf der Weide, jedoch nicht im Heu. Die in Niedersachsen wohl bekannteste *Senecio*-Art ist das Jakobskreuzkraut (*Senecio jacobaea*), das für Rinder und Pferde stark giftig ist.

1. **Wie beurteilt die Landesregierung die Gesundheitsrisiken durch Greis- und Kreuzkrautarten für Mensch und Tier?**
2. **Wie beurteilt die Landesregierung die zunehmende Verbreitung von Greis- und Kreuzkrautarten in Niedersachsen, und welche Regionen sind hiervon besonders betroffen?**
3. **Wie könnten diese Pflanzen in diesen Gebieten noch bekämpft werden, wenn eine Umsetzung des Arbeitspapiers des NLT zu Natura 2000 eine weitere Verbreitung von Greis- und Kreuzkrautarten in Niedersachsen befördern würde?**

**32. Wie steht die Landesregierung zum Perspektivpapier „Der Hafen Niedersachsen 2020“?**

Abgeordnete Jörg Bode, Hillgriet Eilers und Gabriela König (FDP)

**Vorbemerkung der/des Abgeordneten**

Am 2. September 2016 hat Hafenminister Lies im Rahmen des Niedersächsischen Hafentages in Brake das Perspektivpapier „Der Hafen Niedersachsen 2020“ vorgestellt. In Kapitel 4 „Strategische Ziele und Maßnahmen für die See- und Binnenhäfen“ wird vom Erfordernis einer langfristigen Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Häfen und der Förderung der Dynamik der Wirtschaft in Niedersachsen gesprochen. Demnach steht die rot-grüne Landesregierung für weitere Ansiedlungen von Industrieunternehmen in den Häfen (Seite 25), für die Vertiefung von Ems, Weser und Elbe (Seiten 27 und 28) und einen leistungsfähigen Ausbau der Hinterlandanbindungen der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße. Andererseits werden im Unterkapitel „Infrastruktur und Umweltschutz“ Umweltschutzaspekte für eine Benachteiligung deutscher Seehäfen im internationalen Wettbewerb angeführt. Dort wird von „Wettbewerbsnachteilen“ und „Befürchtungen“ gesprochen. Die Verschärfung von Schwefelgrenzwerten führt demnach zu deutlichen Mehrkosten bei Investitionen und Betrieb von Schiffen und Herausforderungen in den Häfen.

- 1. Wann und in welcher Art wird sich die Landesregierung für die Einführung von strengen Schwefelgrenzwerten im Mittelmeer, Schwarzen Meer und im Nord-Ost-Atlantik im Sinne einer einheitlichen Wettbewerbssituation einsetzen?**
- 2. Wie begründet die rot-grüne Landesregierung einer kritischen Öffentlichkeit ihre Einschätzung, dass die Fahrrinnenanpassungen von Elbe, Weser und Außenems (Perspektivpapier Seite 26 und 27) eine unvermeidbare Notwendigkeit zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Häfen in Niedersachsen darstellt?**
- 3. Vor dem Hintergrund des „klaren Bekenntnisses“ (Perspektivpapier Seite 27) von Niedersachsen zu den Maßnahmen im Bundesverkehrswegeplan 2030: Werden die Inhalte des Perspektivpapiers „Der Hafen Niedersachsen 2020“ in Gänze von der Landesregierung, insbesondere von den Ministerinnen und Ministern von Bündnis90/Die Grünen, mitgetragen oder stellt das Perspektivpapier „Der Hafen Niedersachsen 2020“ lediglich eine Ressort- oder Fachmeinung dar?**

**33. Totalschaden im Misburger Bad?**

Abgeordnete Sylvia Bruns, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner und Hillgriet Eilers (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Am 8. August 2016 titelt die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* „Misburger Bad ist ein Totalschaden“. Gutachter hätten nun festgestellt, „dass die bei der Sanierung im Jahr 2007 angerichteten Schäden umfangreicher sind, als bisher bekannt. War bisher nur von statischen Problemen die Rede, rückt nun auch die Technik ins Visier.“ Im Artikel werden die Gutachter mit den Worten zitiert: „Wir haben zu unserer Überraschung einen Totalschaden vorgefunden.“ Dieser Befund gelte für Heizung, Wasseraufbereitung und Brandschutz. Vermutlich seien die Schäden bei Sanierungsarbeiten im Jahr 2007 durch den damaligen privaten Betreiber verursacht worden. Die Zeitung schreibt weiter, dass für die Stadt erschwerend hinzukomme, dass sie für das Bad noch für zwei Jahrzehnte einen Kredit über 13,5 Millionen Euro abzahlen müsse. Das Geld war der s.a.b. für die missratene Sanierung zur Verfügung gestellt worden.

Die *Neue Presse* zitiert in ihrer Ausgabe vom 9. August 2016 den Landesvorsitzenden des Bundes der Steuerzahler, Bernd Zentgraf, mit den Worten: „Die Landeshauptstadt muss erklären, weshalb sie die schweren Schäden an der Gebäudesubstanz und -technik nicht schon während der Bauarbeiten oder spätestens bei der Übergabe durch eigene Fachleute festgestellt hatte. Versäumnisse bei der Kontrolle des öffentlichen Vermögens sind offensichtlich und müssen Konsequenzen haben.“

Die Stadt Hannover hatte bereits Ende 2015 erklärt, dass sie die Sanierung 2007 einmal monatlich überwacht habe.

1. **Wie bewertet die Landesregierung als Kommunalaufsicht das Vorgehen der Stadt Hannover hinsichtlich des Misburger Bads?**
2. **Gab es Kontakt zwischen dem zuständigen Ministerium und der Stadt Hannover bezüglich des Falls? Wenn ja, was wurde besprochen?**
3. **Sind der Landesregierung ähnliche Fälle in Niedersachsen bekannt?**

#### **34. Notwendige Brandschutzmaßnahmen an niedersächsischen Hochschulen**

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Sylvia Bruns, Christian Dürr und Gabriela König (FDP)

##### **Vorbemerkung der Abgeordneten**

Der Landesrechnungshof hat in seinem Jahresbericht darauf hingewiesen, dass der Investitionsbedarf bei großen Baumaßnahmen an niedersächsischen Hochschulen knapp 17,6 Milliarden Euro beträgt, der Landeshaushalt jedoch nur 171 Millionen Euro dafür zu Verfügung gestellt hat. In der mittelfristigen Finanzplanung wird die Haushaltsposition für sonstige Baumaßnahmen von 165,3 Millionen Euro in 2016 auf 116,7 Millionen Euro in 2020 abgesenkt.

1. **Wie hoch ist der Investitionsbedarf im Brandschutz an den niedersächsischen Hochschulen insgesamt?**
2. **Wie plant die Landesregierung, den Investitionsbedarf im Brandschutz zu finanzieren?**
3. **Bis wann will die Landesregierung den Brandschutz an niedersächsischen Hochschulen sicherstellen?**

#### **35. Wie beurteilt die Landesregierung die Zukunft der „ParkCard“ in Helmstedt?**

Anfrage des Abgeordneten Björn Försterling (FDP)

##### **Vorbemerkung des Abgeordneten**

Ende 2013 hat die Stadt Helmstedt, auf der Grundlage einer Ausnahmegenehmigung des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MW), versuchsweise eine „ParkCard“ für Privatpersonen eingeführt. Der Beschlussvorschlag der Stadt Helmstedt begrenzte die Einführung der „ParkCard“ auf den 30. November 2016. Erwähnenswert ist, dass die „ParkCard“ durch einen Eintrag von zwei Kfz-Kennzeichen auf Familienmitglieder übertragbar ist und die Parkgebühren von 0,75 Euro auf 0,50 Euro gesenkt worden sind. Ende 2014 wurde in der Pressemitteilung „Günstig parken mit der ParkCard“ (4. Dezember 2014, Stadt Helmstedt) auf den Erfolg und die Vorzüge der „ParkCard“ hingewiesen. Die „ParkCard“ wird vor Ort positiv wahr- und angenommen. Die Verwaltung der Stadt Helmstedt hat bereits einen Erfahrungsbericht zur „ParkCard“ verfasst und dem MW übermittelt.

1. **Vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung bereits einen positiven Erfahrungsbericht zur „ParkCard“ erhalten hat: Wie beurteilt die Landesregierung die Intention, Ausgestaltung und Zukunftsfähigkeit der „ParkCard“ in Helmstedt?**
2. **Hat die Landesregierung Kenntnisse von vergleichbaren Projekten wie der „ParkCard“ der Stadt Helmstedt und, wenn ja, welche sind dies?**
3. **Unter welchen Voraussetzungen hat die Stadt Helmstedt Aussicht auf eine Verlängerung oder Entfristung der „ParkCard“?**

**36. Verpasste Chance zur Personalschlüsselverbesserung in der Pflege?**

Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns, Gabriela König, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling und Christian Dürr (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

In der Rede der niedersächsischen Sozialministerin Cornelia Rundt am 18. August 2016 - Tagesordnungspunkt 17 „Personelle Ausstattung in den Pflegeheimen verbessern“ - sagte Frau Ministerin Rundt: „In einigen anderen Bundesländern wurde die Möglichkeit genutzt, gleichzeitig mit der Systemumstellung die Personalschlüssel zu verbessern. In Niedersachsen haben sich die Pflegekassen, Kommunen und Leistungsanbieter darauf geeinigt, über verbesserte Personalschlüssel gesondert zu verhandeln. Aus meiner Sicht wurde da eine Chance verpasst.“

Die Empfehlung zur Überleitung der Pflegesätze für die Heime in Niedersachsen, die auch den vorläufigen Verzicht auf höhere Personalschlüssel enthält, wurde einstimmig mit Beschluss der Pflegesatzkommission (PSK) vom 20. Januar 2016 getroffen.

In diesem Gremium herrscht das Einstimmigkeitsprinzip, d. h. jedes Mitglied hat die Möglichkeit, einen Beschluss, der ihm nicht gefällt, per Votum zu verhindern.

1. **Trifft es zu, dass das Sozialministerium, als Vertreter des Landes Niedersachsen, Mitglied der PSK ist?**
2. **Wenn ja, aus welchen Gründen hat das Land wie abgestimmt?**
3. **Wenn ja, welche Gründe sind nachträglich bekannt geworden, die Frau Ministerin Rundt das Abstimmungsverhalten ihres Hauses als verpasste Chance bezeichnen lassen?**

**37. Welche Gesetze plant die Landesregierung noch einzubringen?**

Abgeordnete Christian Dürr, Jan-Christoph Oetjen, Christian Grascha und Dr. Stefan Birkner (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

In der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung von Abgeordneten der FDP-Fraktion im Dezember 2015 (Anfrage 53, 17/4865) wird unter anderem darauf hingewiesen, dass Vorhaben nicht aufgeführt seien, „die lediglich auf Arbeitsebene angedacht worden sind, (...) weil hier der Willensbildungsprozess sowohl in den einzelnen Ressorts als auch innerhalb der Landesregierung noch nicht abgeschlossen ist.“ Ebenfalls wird bemerkt, dass die Antwort auf Frage 3 eine Momentaufnahme darstelle.

1. **Welche Gesetze sind in Ressortverantwortung welches Ministeriums derzeit in Vorbereitung?**
2. **Wie ist der jeweilige Verfahrensstand?**
3. **Welche Vorhaben plant die Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode in den Landtag einzubringen?**

**38. Gewährt Niedersachsen auch Rabatte auf Ausgleichszahlungen?**

Abgeordnete Horst Kortlang, Dr. Gero Hocker, Dr. Stefan Birkner, Hermann Grupe, Jan-Christoph Oetjen, Hillgriet Eilers und Christian Dürr (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Laut Berichterstattung von Report Mainz (SWR) hat das Land Rheinland-Pfalz Windkraftunternehmen Rabatte von 90 % für Ausgleichszahlungen für den Naturschutz gewährt. Der rheinland-pfälzische Landesrechnungshof kritisiert diese Praxis, da dem Land Einnahmen von rund 67 Millionen Euro entgangen seien. Laut Report Mainz habe es ähnliche Rabatte auch in anderen Bundesländern gegeben.

1. **Gewährt Niedersachsen auch Rabatte auf Ausgleichszahlungen und, wenn ja, in welcher Höhe?**
2. **Falls Frage 1 mit ja beantwortet wurde: Wie hoch waren die Verluste für das Land Niedersachsen?**
3. **Gewährt das Land weitere Vergünstigungen an Windparkbetreiber und, wenn ja, welche und in welcher Höhe?**

**39. Reform der Juristenausbildung - findet sie ohne die Beteiligung der juristischen Fakultäten statt? (Teil 1)**

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Mit einem „offenen Brief“ vom 11. Juli 2016 hat das Dekanat der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen zu den geplanten Reformvorschlägen der Juristenausbildung durch die Justizministerkonferenz der Länder (JuMiKo) Stellung genommen<sup>2</sup>.

Das Dekanat moniert u. a., dass die juristischen Fakultäten in Niedersachsen in den Diskussions- und Entscheidungsprozess nicht eingebunden wurden. Zudem wird die Reduzierung des Anteils des universitären Schwerpunktbereichs am Staatsexamen von derzeit 30 % auf 20 % kritisch bewertet.

Die JuMiKo hat Anfang 2015 einen Koordinierungsausschuss eingerichtet, um die universitäre Juristenausbildung zu reformieren. In dem Koordinierungsausschuss sind die Universitäten nicht vertreten. Die Herbstkonferenz findet am 17. November 2016 in Berlin statt.

1. **Welchen konkreten Auftrag hat der Koordinierungsausschuss?**
2. **Wie setzt sich der Koordinierungsausschuss zusammen, und wer leitet ihn?**
3. **Wie häufig tagt der Koordinierungsausschuss?**

**40. Reform der Juristenausbildung - findet sie ohne die Beteiligung der juristischen Fakultäten statt? (Teil 2)**

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

**Vorbemerkung der/des Abgeordneten**

Mit einem „offenen Brief“ vom 11. Juli 2016 hat das Dekanat der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen zu den geplanten Reformvorschlägen der Juristenausbildung durch die Justizministerkonferenz der Länder (JuMiKo) Stellung genommen<sup>3</sup>.

Das Dekanat moniert u. a., dass die juristischen Fakultäten in Niedersachsen in den Diskussions- und Entscheidungsprozess nicht eingebunden wurden. Zudem wird die Reduzierung des Anteils des universitären Schwerpunktbereichs am Staatsexamen von derzeit 30 % auf 20 % kritisch bewertet.

Die JuMiKo hat Anfang 2015 einen Koordinierungsausschuss eingerichtet, um die universitäre Juristenausbildung zu reformieren. In dem Koordinierungsausschuss sind die Universitäten nicht vertreten. Die Herbstkonferenz findet am 17. November 2016 in Berlin statt.

1. **Hat der Koordinierungsausschuss externen Sachverstand, z. B. von Universitäten, hinzugezogen? Wenn ja, wie im Einzelnen?**

<sup>2</sup><<https://www.unigoettingen.de/de/document/download/ee9a579e101629f448ee885bb4188c32.pdf/Offener%20Brief%20zum%20Plan%20einer%20Reform%20der%20Juristenausbildung.pdf>>.

<sup>3</sup><<https://www.unigoettingen.de/de/document/download/ee9a579e101629f448ee885bb4188c32.pdf/Offener%20Brief%20zum%20Plan%20einer%20Reform%20der%20Juristenausbildung.pdf>>.

2. **Hat der Koordinierungsausschuss die Vorschläge des Wissenschaftsrates im Papier „Perspektiven der Rechtswissenschaft“ berücksichtigt?**
3. **Wie sieht der Zeitplan für die Arbeit des Koordinierungsausschusses aus?**

**41. Reform der Juristenausbildung - findet sie ohne die Beteiligung der juristischen Fakultäten statt? (Teil 3)**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

**Vorbemerkung der/des Abgeordneten**

Mit einem „offenen Brief“ vom 11. Juli 2016 hat das Dekanat der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen zu den geplanten Reformvorschlägen der Juristenausbildung durch die Justizministerkonferenz der Länder (JuMiKo) Stellung genommen<sup>4</sup>.

Das Dekanat moniert u. a., dass die juristischen Fakultäten in Niedersachsen in den Diskussions- und Entscheidungsprozess nicht eingebunden wurden. Zudem wird die Reduzierung des Anteils des universitären Schwerpunktbereichs am Staatsexamen von derzeit 30 % auf 20 % kritisch bewertet.

Die JuMiKo hat Anfang 2015 einen Koordinierungsausschuss eingerichtet, um die universitäre Juristenausbildung zu reformieren. In dem Koordinierungsausschuss sind die Universitäten nicht vertreten. Die Herbstkonferenz findet am 17. November 2016 in Berlin statt.

1. **Wie sieht das weitere Verfahren infolge der Vorlage des Berichts des Koordinierungsausschusses bei der JuMiKo im November aus (bitte mit Zeitplan)?**
2. **Wann und wie wurde die Wissenschaftsministerkonferenz zu dem Vorhaben beteiligt?**
3. **Wann und wie werden die juristischen Fakultäten in den Diskussions- und Entscheidungsprozess einbezogen?**

**42. Reform der Juristenausbildung - findet sie ohne die Beteiligung der juristischen Fakultäten statt? (Teil 4)**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Mit einem „offenen Brief“ vom 11. Juli 2016 hat das Dekanat der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen zu den geplanten Reformvorschlägen der Juristenausbildung durch die Justizministerkonferenz der Länder (JuMiKo) Stellung genommen<sup>5</sup>.

Das Dekanat moniert u. a., dass die juristischen Fakultäten in Niedersachsen in den Diskussions- und Entscheidungsprozess nicht eingebunden wurden. Zudem wird die Reduzierung des Anteils des universitären Schwerpunktbereichs am Staatsexamen von derzeit 30 % auf 20 % kritisch bewertet.

Die JuMiKo hat Anfang 2015 einen Koordinierungsausschuss eingerichtet, um die universitäre Juristenausbildung zu reformieren. In dem Koordinierungsausschuss sind die Universitäten nicht vertreten. Die Herbstkonferenz findet am 17. November 2016 in Berlin statt.

1. **Wann und wie ist beabsichtigt, den Entscheidungsprozess zu den Reformvorschlägen öffentlich zu machen und transparenter zu gestalten?**

<sup>4</sup><<https://www.unigoettingen.de/de/document/download/ee9a579e101629f448ee885bb4188c32.pdf/Offener%20Brief%20zum%20Plan%20einer%20Reform%20der%20Juristenausbildung.pdf>>.

<sup>5</sup><<https://www.unigoettingen.de/de/document/download/ee9a579e101629f448ee885bb4188c32.pdf/Offener%20Brief%20zum%20Plan%20einer%20Reform%20der%20Juristenausbildung.pdf>>.

2. **Wie bewertet die Landesregierung die Reformvorschläge des Koordinierungsausschusses, insbesondere die Reduzierung des Anteils des Schwerpunktbereichs in der Gesamtnote?**
3. **Mit welchen Positionen hat sich die Landesregierung in die Arbeit des Koordinierungsausschusses eingebracht?**

**43. Wie können sich Landes- und Kommunalpolitiker vor „mysteriösen“ Investoren schützen?**

Anfrage der Abgeordneten Jörg Bode, Christian Grascha und Gabriela König (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Nürburgring, Flughafen Hahn oder „Mysteriöser Super-Investor ... in Celle“ (*Cellesche Zeitung*, 27.08.2016) - immer wieder haben Politik und Verwaltung mit nach Ansicht von Beobachtern unbekanntem oder auffälligen Geschäftspartnern zu tun. Damit einher gehen häufig ein fragwürdiger Umgang in den jeweils zuständigen Entscheidungsgremien. Im Rahmen der Berichterstattung „Der 800-Millionen-Euro-Deal“ (*Cellesche Zeitung*, 27. August 2016) heißt es denn auch, „dass es sich um ein Vorhaben handele, bei dem man mutig sein müsse - auch wenn es sicherlich ein gewisses Risiko gebe“. Weiter heißt dort: „Derzeit sei jedoch fraglich, woher das Geld komme“ und „Referenzen könne der Investor nicht vorweisen“. Und schließlich: „Der Oberbürgermeister bittet den Rat um Zustimmung zu dem geplanten Vorhaben“.

1. **Vor dem Hintergrund der Berichterstattung zum „mysteriösen Super-Investor“ in Celle: Hat die Landesregierung Erkenntnisse über ähnlich gelagerte Investitionsvorhaben auf kommunaler Ebene oder der Landesebene, bei denen die Liquidität des Investors oder die Realisierungswahrscheinlichkeit fragwürdig war oder ist?**
2. **Welche Vorgehensweise empfiehlt die Landesregierung auch in ihrer Eigenschaft als Kommunalaufsicht den Hauptverwaltungsbeamten, den Verwaltungsmitarbeitern und den Ratsmitgliedern zur Vermeidung von fragwürdigen oder negativen Investitionsentscheidungen in den jeweiligen Räten?**
3. **Wer trägt - am Beispiel der Stadt Celle und des „mysteriösen Super-Investors“ - die Hauptverantwortung, wenn Argwohn beiseite geräumt wird und „kleine Risiken“ mit „Großchancen“ zur Abstimmung verrechnet werden?**

**44. Pferdeland Niedersachsen: Setzt sich die Landesregierung für den Erhalt des Gestüts in Bad Harzburg ein?**

Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt, Jan-Christoph Oetjen, Hermann Grupe, Björn Försterling und Horst Kortlang (FDP)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

In einem Artikel auf ndr.de vom 26. August 2016 wird berichtet, die NORD/LB wolle das mit über 600 Jahren älteste Gestüt Deutschlands, das Vollblutgestüt Harzburg, verkaufen. Ein Sprecher der Bank habe demnach Gespräche mit potenziellen Interessenten an dem 63 ha großen Anwesen bestätigt. Demnach gibt es auch Verhandlungen über den Verkauf des Deckhengstes „Adlerflug“. Aufgrund der Verkaufsüberlegungen der NORD/LB sorge sich der Harzburger Rennverein um den Bestand des Gestüts. „Ohne ‚Adlerflug‘ sehe ich keine Zukunft für unsere Zucht“, wird der Vereinsvorsitzende Stephan Ahrens zitiert. Sollte der Zuchthengst Bad Harzburg nach einem Verkauf verlassen, sei das Gestüt nicht mehr ausgelastet. Derzeit decke das Tier jährlich 80 Stuten für jeweils 5 500 Euro, die in der Folge als Pensionspferde in Bad Harzburg ihre Fohlen zur Welt brächten und so zusätzliche Einnahmen generierten. Ziel müsse es laut Harzburger Rennverein sein, dass ein möglicher Käufer des Gestüts „Adlerflug“ in Bad Harzburg belässt. Das Land Niedersachsen ist mit knapp 60 % der Anteile Mehrheitseigentümer der NORD/LB.

1. **Stehen nach Auffassung der Landesregierung durch den geplanten Verkauf des Gestüts Harzburg und des Hengstes „Adlerflug“ die Bad Harzburger Galopprennwoche,**

die Pferdezucht und der Erhalt der alten Gebäude, Stallanlagen sowie der bewirtschafteten Flächen des Gestüts infrage, sodass in der Folge eine Schwächung der Stadt Bad Harzburg zu befürchten ist (Stichwort: Züchter, Interessenten, Käufer, Besucher, Touristen)?

2. Welche Kriterien und Bedingungen sollte ein potenzieller Käufer des Gestüts Harzburg und des Hengstes „Adlerflug“ nach Auffassung der Landesregierung erfüllen, um neue Impulse zu setzen?
3. In welcher Art und Weise bringt sich die Landesregierung in den geplanten Verkauf des Gestüts Harzburg und des Hengstes „Adlerflug“ durch die NORD/LB sowie in die Auswahl eines den Kriterien entsprechenden Käufers ein?

#### 45. Was ist der Unterschied zwischen Hafenperspektive und Hafenstrategie?

Abgeordnete Christian Dürr, Hillgriet Eilers, Gabriela König, Horst Kortlang (FDP)

##### Vorbemerkung der Abgeordneten

Am 2. September 2016 hat Hafenminister Lies im Rahmen des Niedersächsischen Hafentages in Brake das Perspektivpapier „Der Hafen Niedersachsen 2020“ vorgestellt. Das Papier bezieht sich allgemein auf die Seehäfen von NPorts und thematisiert einen „Hafen Niedersachsen“. Die Intention von Hafenminister Lies, von dem einen „Hafen Niedersachsen 2020“ zu sprechen, scheint gemäß Berichterstattung bei der Mehrheit der Teilnehmer des Hafentages nicht angekommen zu sein. Deutlich weniger „als die Hälfte der Anwesenden“ (NWZ vom 3. September 2016) - 350 Teilnehmer aus der maritimen Wirtschaft - stimmten der „Minister-Meinung“ (NWZ vom 3. September 2016) zu. Im Vorwort schreibt Minister Lies: „Vor Ihnen liegt nun ein Perspektivpapier, das Strategien für unseren Hafen Niedersachsen abbildet. Hafenpolitik heißt, in die Zukunft zu schauen“ (Perspektivpapier, Seite 3).

In der Wirtschaftsliteratur wird „Strategie“ als eine grundsätzliche, langfristige Verhaltensweise im Sinne einer Maßnahmenkombination des Unternehmens einschließlich seiner Teilbereiche gegenüber seiner Umwelt zur Verwirklichung langfristiger Ziele beschrieben. Dabei besitzen diese Strategien die nötige Flexibilität, um Veränderungen und neue Aspekte jederzeit berücksichtigen zu können. Als Beispiel kann der Hafenentwicklungsplan „Hamburg hält Kurs“ der Hamburg Port Authority aus dem Jahr 2012 mit einer Laufzeit bis 2025 angeführt werden.

Das Perspektivpapier von Hafenministers Lies hat eine Laufzeit von unter vier Jahren. Diese Laufzeit in Verbindung mit der Feststellung der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Seehäfen, „dass es sich hierbei um ein Kompromisspapier handele, das erst nach schwierigen Gesprächen zustande gekommen sei und das kontinuierlich weiterentwickelt werden müsse“ (NWZ vom 3. September 2016) löst Fragen zur Hafenentwicklung und zum Dialog zwischen den Verbänden, der Wirtschaft und der Landespolitik aus.

1. Welche strategischen Leitlinien und Ziele liegen dem Perspektivpapier für den Zeitraum bis 2020 zugrunde?
2. Vor dem Hintergrund der Berichterstattung „Auch Ministerwünsche gehen nicht immer in Erfüllung“ (NWZ vom 3. September 2016): Wieso ist die Hafenstrategie des Hafenministers Lies von so kurzer Laufzeit und zudem in der Hafenwirtschaft umstritten?
3. Vor dem Hintergrund des Doppelinterviews von Wirtschaftssenator Horch und Wirtschaftsminister Meyer, bei dem zahlreiche mögliche hafenstrategische Kooperationen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein angesprochen worden sind (*Hamburger Abendblatt*, 24. August 2016): Auf welche Art und Weise ist die Landesregierung bei den angedachten Kooperationen (z. B. gegenseitige Bereitstellung von Gewerbeflächen, künftige Industriensiedlungen, Entwicklungszentrum für Windkraftanlagen, gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen, wechselseitige Unterstützung bei LNG) zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein eingebunden?